Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 7-8

Artikel: Nach den Wahlen ins Europäische Parlament : Europa bleibt ein schöner Traum

Autor: Hartmann, Horst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340143

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sind Ansätze zur Dezentralisierung erkennbar. In der Computertechnik sind eigenständige Kleingeräte, die zu Netzen zusammengeschlossen werden können, heute wichtiger als die Grossrechner der siebziger Jahre.
Neue Lösungen kommen in Sicht. Die Wertvorstellungen der Menschen haben sich in den letzten Jahren stark geändert: Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen weckt Besorgnis, materieller Wohlstand steht weniger im Vordergrund, menschliche Beziehungen sind wichtiger geworden. Wir sehen uns immer deutlicher nicht als Gegenspieler, sondern als Teil der Natur. Die problematischen Seiten der bisherigen Technik fallen heute allgemein mehr auf. Viele Menschen sind in eine pauschale Technikfeindlichekeit verfallen, doch diese Haltung ist gefährlich, sie macht hilflos. Was wir brauchen, ist eine Technik, die sich in die lebendige Natur einfügt, anstatt sie um jeden Preis zu beherrschen.

Das Scheitern der Grosstechnik und das Aufkommen dezentraler Alternativen, die grundlegende Trendwende, die sich möglicherweise abzeichnet, ist im Energiebereich besonders ausgeprägt. Doch gerade hier zeigt sich das Problem der Macht, sie ist von der Wirtschaftlichkeit nicht zu trennen. Eine lebensfreundlichere, weniger auf Herrschaft ausgerichtete Technik könnte mehr Selbständigkeit und Gleichberechtigung ermöglichen. Mit ungeheurem Aufwand werden die grosstechnischen Systeme daher von denjenigen verteidigt, denen sie Macht und Einfluss garantieren.

Nach' den Wahlen ins Europäische Parlament

Europa bleibt ein schöner Traum

Von Horst Hartmann

Wahlen für ein Parlament ohne Kompetenzen, das lediglich vom Prinzip Hoffnung auf ein vereintes Europa lebt, bieten sich als Stimmungsbarometer für die politische Situation in den beteiligten Ländern an. Und in der Tat, an dicken Überraschungen hat es bei den Europawahlen 1984 nicht gefehlt.
Die Labour-Partei brachte in *Grossbritannien* der «eisernen Lady» das Fürchten bei und gewann 32 von 77 Mandaten, während die Konservativen 44 Sitze errangen. In *Italien* kam die eurokommunistische Partei auf 33,3 Prozent und wurde damit erstmals stärkste Kraft im Lande, knapp vor den Christdemokraten mit 33 Prozent.
Die Sozialisten unter Bettino Craxi erreichten 11,2 Prozent. In *Griechenland* behauptete sich die sozialistische Regierungspartei Pasok mit 41,6 Prozent (+1,5%). In den *Niederlanden* konnten sich die Parteien links der Mitte verbessern. Die Arbeiterpartei schnitt mit 33,7 Prozent (1979: 30,4%) besser ab als die regierenden Christdemokraten. Sie fielen von 35,6 auf 30 Prozent zurück.
Bei Parlamentswahlen könnte das bürgerliche Lager keine Mehrheit mehr bilden. Auch in *Belgien* sind Erfolge für die Linken zu melden. Die Sozialisten machten einen Sprung von 23,4 auf 30,4 Prozent, während die Christdemokraten zehn Prozent verloren und nur noch 27,4 Prozent erreichten. Die Ökologen erzielten 8,2 Prozent.
In *Dänemark* siegten die Konservativen deutlich. Von 14,1 kamen sie auf 21,9 Prozent, während die Sozialdemokraten von 21,9 auf 19,5 zurückfielen.
Die unerfreulichste Nachricht kam aus *Frankreich*: Die rechtsextreme Nationale Front hat mit elf Prozent eine gefährliche Grössenordnung erreicht, was auf Forderungen nach Abbau von Gastarbeitern und einer verschärften Verbrechensbekämpfung zurückzuführen ist.
Und die Bundesrepublik? Bei den etablierten Parteien kriselte es. CDU und SPD verloren, der FDP gelang nicht mehr der Sprung über die Fünf-Prozent-Klausel, und als strahlende Sieger gingen die Grünen mit beachtlichen 8,2 Prozent durchs Ziel. Das Gesamturteil der Wähler dürfte allen Parteien zu schaffen machen.
Die Bundesrepublik Deutschland, als Hort der Stabilität in Ost und West respektiert, droht sich langsam, aber sicher in ein krisengeschütteltes Land ohne eindeutige politische Mehrheiten zu verwandeln und damit an Ansehen zu verlieren.

Grüne als dritte Kraft

Dem Sieger den Vorrang: Die allzu lange als chaotische Aussenseiter betrachteten Grünen haben sich endgültig als dritte Kraft durchgesetzt, leider auf Kosten der SPD. Da halfen auch keine Unkenrufe aus dem sozialdemokratischen Lager, die Grünen hätten langfristig keine Zukunftsaussichten, und Beteuerungen, eine rot-grüne Koalition läge nicht im Breich des Wün-

schenswerten, erwiesen sich als stumpfe Waffe.
Die Grünen verfügen derzeit über drei Säulen: 900 000 Wähler bilden seit 1979 den festen Stamm. Dazu kommen 450 000 Erstwähler verschiedener Jahrgänge und 600 000 Wanderwähler von der SPD. Nach Ansicht des Sprechers der Grünen in Bonn, Uli Trost, erscheint aus grüner Sicht das enttäuschende Abschneiden der SPD verständlich, weil die Sozialdemokraten «keine substantiell andere Politik anzubieten hätten als die Regierungsparteien».
Die Opposition der neuen Kraft umfasst in der Tat alle Sachfragen, während die SPD gemeinsame demokratische Auffassungen mit der CDU teilt, weil beide grossen Volksparteien aus den bitteren Erfahrungen von Weimar und dem Dritten Reich gelernt haben. Aber an manchem kleinen Beispiel wird jene spontane Reaktion der Grünen deutlich, die sie für junge Wähler so attraktiv macht.
An der obligatorischen, von falschem Pathos und Heuchelei bestimmten Feier im Bundestag zur Erinnerung an den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR nahmen die Grünen nicht teil. Die Sozialdemokraten hörten sich dagegen die nichtssagenden Reden eines Unions-Ruheständlers an.
Dabei wurde wieder einmal vergessen, dass die Ostberliner Bauarbeiter einen deutschen Einheitsstaat ohne West- oder Ostanschluss und ohne Militär anstrebten, keinesfalls aber für den Adenauerschen Separatstaat auf die Strasse gingen!

Schlappe für die CDU

Die Regierungspartei CDU bekam einen deutlichen «Denkzettel» verpasst, wie Helmut Kohl eingestand, bevor er sich wie üblich wieder in optimistischen Phrasen verlor. Sie erhielt 46,0, 1979 dagegen 49,2 Prozent. Kohl flüchtet in ein gefährliches Wunschdenken, wenn er glaubt, notfalls allein regieren zu können.
Und wenn CDU und FDP auch gemeinsam 50,8 Prozent erhielten — bei der letzten Europawahl waren es 55,2 Prozent —, so erscheint es doch höchst fraglich, ob die Liberalen von Flicks Gnaden überhaupt noch mit Leihstimmen zu retten sein werden, die der CDU bei den hessischen Landtagswahlen bereits fehlten.
Kohls Widersacher Strauss machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und gab der Bundesregierung die Mitschuld an der schlechten Wahlbeteiligung, weil sie den Europagedanken nicht beleben konnte. Die CSU verlor auf eigenem Terrain immerhin 5,3 Prozent, was vermutlich auf die Enttäuschung der Kleinbauern über die EG-Agrarpolitik zurückzuführen ist.
Die Splitterparteien profitierten von der schlechten Wahlbeteiligung und kamen zusammen auf 3,7 Prozent. Das signalisiert einen Vertrauensschwund der grossen Parteien. Als politisch aufsteigende Kraft erwies sich die aus dem Stand antretende Friedensliste, die 1,3 Prozent bekam, obwohl die Grünen sie als kommunistische beeinflusst verteufelten. Die neonazistische NPD kam nicht über 0,8 Prozent.

FDP als Splitterpartei

Die Ironie des Schicksals wollte es, dass nun auch die liberalkonservative Wendepartei FDP mit 4,8 Prozent als Splitterpartei eingestuft werden muss, zumal sie nur noch in fünf Landtagen vertreten ist und bei den Kommunalwahlen im Saarland am gleichen Tag unter die Vier-Prozent-Marke rutschte. Die Enttäuschung in den FDP-Landesverbänden ist grenzenlos, ebenso die Wut über die Genscher-Clique, die mit ihrem Zickzack-Kurs die Partei um ihre moralische Glaubwürdigkeit gebracht hat.
Die FDP ist gegenwärtig nicht mehr in der Lage, ihre aus Freiberuflern bestehende Stammwählerschaft zu mobilisieren, nachdem der Versuch, ein Amnestiegesetz für Steuersünder durchzupeitschen, scheiterte. Es ist daher eine Illusion, wenn die Liberalen glauben, mit einem geplanten populären Programm bei Jugendlichen, Arbeitnehmern und Frauen Boden gutmachen zu können.

SPD als Blutspender

Die SPD geriet bei den Europawahlen unfreiwillig in die Rolle des Blutspenders für die Grünen. Junge Leute setzten jetzt lieber auf eine Gruppierung, die als unkonventionelle Partei der Jugend bezeichnet weden kann und mit einem betont unbürgerlichen Effekt bei der jungen Generation besser ankommt als eine traditionelle Partei.
Die Rolle der Bonner Oppositionspartei zahlte sich für die SPD nicht aus, ausserdem gab es bedenkliche regionale Einbussen. In Hamburg verlor die Partei 10,5 Prozent der Stimmen. Die Ursachen dafür liegen klar auf der Hand. Die jahrelangen ungelösten Umweltskandale haben mit den Dioxin-Funden eines Chemiewerkes ihren bedrohlichen Höhepunkt gefunden.
Die Schliessung des Werkes kam für die Wahl zu spät. Aber auch in Baden-Württemberg kam es zu Verlusten von sieben Prozent. Viele Stammwähler haben die Gelegenheit benutzt, um der SPD einen Denkzettel für eine nur als halbherzig empfundene Oppositionsrolle zu verpassen.
Die Abgrenzungsmanöver der Partei gegenüber den ungeliebten Grünen erwiesen sich als vergebliche Rückzugsmanöver.

Und wenn der Parteivorstand erklärte, man müsse Stimmen aus der Mitte und von rechts gewinnen — später hiess es auch von links —, so sollte man in Zukunft lieber von konkreten soziologischen Gruppen wie den Kleinbauern sprechen.
Trotz derartiger Ernüchterungen schien bei der Europawahl die Sonne für die Sozialdemokraten, denn für die im März 1985 stattfindenden Landtagswahlen an der Saar zeichnet sich bereits heute ein Machtwechsel ab. Bei den Kommunalwahlen errangen die SPD 45,6, die Grünen 5,3, die CDU 42,2 und die FDP 4,3 Prozent.

Erfolgreiche Einzelmaske

Held der Wahl war der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine. Sein Abschneiden dürfte den Kurs der Bundespartei beeinflussen, zumal sich Lafontaine als entschiedener Aufrüstungsgegner ebenso profiliert hat wie Erhard Eppler.

Lafontaine, einer der wenigen deutschen Politiker mit Ausstrahlungskraft, steht für eine «bewusst offene linke Politik» ein, wie es Bundesgeschäftsführer Peter Glotz formulierte.

Lafontaine gilt bereits heute als Symbolfigur für einen neuen Kurs innerhalb der SPD, wie der stürmische Beifall für ihn auf dem Kölner Parteitag bewies. Er ist ein Bekennertyp, der im Mittelalter an der Seite Martin Luthers für die Reformation gestritten und gelitten hätte. Es spricht nur für ihn, dass er jetzt, kurz vor einer grossen Karriere, zögert, ob er die Politik nicht aufgeben soll.

Ihm geht es nicht um die eigene Person, sondern um Strategien zur Lösung der gegenwärtigen Probleme, wobei er auf Anbiederungsversuche innerhalb und aussserhalb der Partei verzichtet.

Lafontaine ist überzeugt, dass sich der demokratische Sozialismus vom Fetisch des ewig wachsenden Wohlstandes lösen muss und die unsolidarische Konkurrenzgesellschaft beseitigt werden muss. Von ihm könnte eine Wiederbelebung des religiös bestimmten Sozialismus über die Parteigrenzen hinweg ausgehen.

Arbeitszeitverkürzung als letzte Chance?

Die Kosten und der Nutzen

Peter Anselm Görres über individuelle und gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung

Die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung hat sich in den Konfliktfragen der Tarifpartner verhakt, ohne den wirklichen langfristigen Folgen gerecht zu werden. Der Streit um Lohnausgleich und andere kurzfristig wichtige Kostenelemente lenkt von den wirklichen Kosten und Nutzen der Arbeitszeitverkürzung eher ab. Wie bei anderen gesellschaftspolitischen Kontroversen fällt zudem auf, dass Unterschiede zwischen einer bloss einzelwirtschaftlichen Betrachtung und volkswirtschaftlichen Zusammenhängen weitgehend übersehen werden.

Der Fehlschluss der grossen Zahl

Wenn ein einzelner heute beispielsweise 10 Prozent weniger arbeiten will, dann muss er meist auf mehr als 10 Prozent seines Einkommens verzichten. Attraktive Stellen wird jemand, der derart deutlich den Stellenwert von Arbeit relativiert, überhaupt nur schwer bekommen. Auch die Hoffnung auf Beförderung darf er sich wohl aus dem Kopf schlagen. Auf Dauer wird er also im Vergleich zum Einkommen eines «Vollzeitarbeiters» um mehr als 10 Prozent zurückfallen. Sein Wohlbefinden könnte sich, soweit es vom relativen Lebensstandard abhängt, unter Umständen noch weiter von dem des Nachbarn unterscheiden, bleibt doch sein Grundbedarf gleich, so dass vor allem bei prestigeträchtigen Gütern, wie Urlaub, Auto oder Eigenheim, gespart werden muss.

Was gilt nun im Falle einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung? Wenn alle 10 Prozent weniger arbeiten (oder 12,5 Prozent wie bei der 35-Stunden-Woche),

- dann impliziert das keineswegs 10 Prozent weniger Sozialprodukt;
- und schon gar nicht 10 Prozent weniger «Wohlfahrt», wie die Ökonomen den Nutzen nen-

Peter Anselm Görres ist promovierter Volkswirtschafter und war Assistent an den Universitäten Stuttgart und München. Görres ist Mitarbeiter bei der OECD und dem Internationalen Währungsfonds. Seine Spezialitäten sind Arbeitszeitfragen, Arbeitsmarktpolitik und Geldtheorie.